

# Vergabe: Rechtsunsicherheit für Kommunen beenden!

*Der Handlungsdruck wächst: Jährlich vergibt die öffentliche Hand Aufträge im Wert von mehr als 300 Mrd. €, öffentliche Unternehmen nochmals 60 Mrd. € – insgesamt 16% des Brutto-Inlandsproduktes. 16% des BIP können wir nicht investieren, ohne auf die Einhaltung von Regeln zu achten. Darum wollen wir ein Korruptionsregister einführen. Auch den Verstoß gegen die ILO-Kernarbeitsnormen von 1998 darf die öffentliche Hand nicht dulden! 1998 haben sich damit 175 Staaten zu Arbeitsrechtsgrundsätzen wie Koalitionsfreiheit, Streikrecht und dem Verbot von Kinderarbeit verpflichtet.*

*60% der Vergabe erfolgt über die Kommunen. Sie sind bisher in rechtlicher Unsicherheit, wenn sie Kriterien jenseits von „möglichst billig“ anlegen. Das schadet gerade dem kleinen Handwerksbetrieb, der Qualität liefert. Ein gutes Angebot ist eben nachhaltig wirtschaftlich, und das muss berücksichtigt werden.*

*Wir müssen den Kommunen die Entscheidungsverantwortung geben. Eine Kopplung der Aufträge an die Ablehnung von Kinderarbeit, an die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, an aktive Gleichstellungsbemühungen oder an weitere soziale und ökologische Kriterien ist in vielen Fällen sinnvoll. Wir wollen das Subsidiaritätsprinzip hier zum Maßstab machen: so zentral wie nötig, so lokal wie möglich. Nicht alles muss der Bund hier im Detail regeln. Eine wichtige soziale und ökologische Vorreiterrolle hat er bei eigenen Aufträgen. Wer Recht setzt, muss es auch befolgen.*

*Was in den letzten Wochen an Plänen aus den Ministerien durchsickerte, ist ein oberflächliches Weiter-*

*wurschteln. Wir Grünen haben im Oktober unseren Antrag für ein modernes und innovationsoffenes Vergaberecht in den Bundestag eingebracht – und ihn im Februar mit den ExpertInnen aus Verbänden, Gewerkschaften und Unternehmen weiter diskutiert. Die Resonanz war groß. Jetzt setzen wir die Ergebnisse in detaillierte Reformvorschläge um.*

*Wir wollen das Vergaberecht vereinheitlichen. Heute ist die Vergabeordnung zwischen den unterschiedlichen Regelwerken VOL, VOB und VOF zersplittert und damit widersprüchlich. Der kleine Handwerksbetrieb, der in kurzen Abständen mehrere Aufträge einer Kommune erfüllen will, muss jedes Mal neue Unterlagen vorlegen. Wir wollen, dass die Teilnahme an einem Präqualifizierungsverfahren für ein Jahr reicht. Mit einer Bagatellgrenze für kleine Aufträge, mit dem Verfahren des wettbewerblichen Dialogs, bei dem technische Lösungsmöglichkeiten zwischen vergebenden Stellen und Bietern schrittweise konkretisiert werden, und mit einem gemeinsamen transparenten System für öffentliche Ausschreibungen im Internet wollen wir die Vergaberegeln deutlich vereinfachen.*

*Ökologie, Transparenz, soziale Verantwortung und wenig Bürokratie: das geht gut zusammen, wenn wir die Gängelung der Kommunen beenden. Lähmende Vorschriften über Vergabeentscheidungen müssen endlich der Vergangenheit angehören.*

**Kerstin Andreae**



Kerstin Andreae

Foto: B'90/Grüne

☞ Kerstin Andreae ist wirtschaftspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. [www.kerstin-andreae.de](http://www.kerstin-andreae.de)